

Nr. 20/786

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Bewertung und kritische Aufarbeitung der Maßnahmen in geschlossenen Jugendhilfeeinrichtungen
Große Anfrage der Fraktionen DIE LINKE, Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 18. Februar 2022
(Drucksache [20/1355](#))
D a z u
Mitteilung des Senats vom 26. April 2022
(Drucksache [20/1436](#))
2. Plattdütsch in Bremen: Langt dat, wat de Senat for de Regionalspraak deit?
Große Anfrage der Fraktion der FDP
vom 21. Februar 2022
(Drucksache [20/1359](#))
D a z u
Mitteilung des Senats vom 5. April 2022
(Drucksache [20/1426](#))
3. Bremische Landwirtschaft zukunftsfähig machen
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 23. März 2022
(Drucksache [20/1419](#))
D a z u
Mitteilung des Senats vom 3. Mai 2022
(Drucksache [20/1453](#))
4. Bremen steht in fester Verbundenheit an der Seite der Ukrainerinnen und Ukrainer: Holodomor von 1932/33 als Völkermord anerkennen
Antrag der Fraktion der FDP
vom 10. Mai 2022
(Drucksache [20/1463](#))
5. Studierende während des Praxissemesters beim öffentlichen Dienst in Bremen finanziell entlasten, eine Praktikumsvergütung jetzt einführen!
Antrag der Fraktion der CDU
vom 11. Mai 2022
(Drucksache [20/1470](#))
6. Digitale Gewalt in Bremen besser bekämpfen!
Antrag der Fraktion der FDP
vom 29. April 2021
(Drucksache [20/938](#))
7. Digitale Gewalt in Bremen besser bekämpfen!
Bericht und Änderungsantrag des Ausschusses für die Gleichstellung der Frau
vom 24. Mai 2022
(Drucksache [20/1478](#))

8. Übergreifende Marketingstrategie der Hochschullandschaft im Land Bremen entwickeln und umsetzen!
Antrag der Fraktion der CDU
vom 5. Juli 2022
(Drucksache [20/1524](#))
9. Waffenkontrollen und Waffenbesitz im Land Bremen
Große Anfrage der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE
vom 5. Juli 2022
(Drucksache [20/1528](#))
10. Eigenständiger Informatikunterricht ab der Sek. I gehört in Zukunft selbstverständlich auch an Bremer Schulen dazu – ein entsprechender Schulversuch dient hierfür als Einstieg
Antrag der Fraktion der CDU
vom 6. Juli 2022
(Drucksache [20/1529](#))
11. Junge Gründerinnen und Gründer: Hat das Land Bremen eine innovative und nachhaltige Gründungs- und Startup-Landschaft?
Große Anfrage der Fraktion der FDP
vom 11. Juli 2022
(Drucksache [20/1533](#))
D a z u
Mitteilung des Senats vom 13. September 2022
(Drucksache [20/1585](#))
12. Quellen-Telekommunikationsüberwachung und Online-Durchsuchung – Mogelpackung auf Kosten der IT-Sicherheit?
Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 13. Juli 2022
(Drucksache [20/1536](#))
13. Zunahme krankheitsbedingter Frühpensionierungen von Lehrkräften auch im Land Bremen?
Große Anfrage der Fraktion der FDP
vom 20. Juli 2022
(Drucksache [20/1541](#))

Nr. 20/787

Wahl der Leitung der Landesantidiskriminierungsstelle

Mitteilung des Vorstands der Bremischen Bürgerschaft
vom 22. Juni 2022
(Drucksache [20/1511](#))

Die Mitteilung wurde vom Vorstand der Bremischen Bürgerschaft zurückgezogen.

Nr. 20/788

Aktuelle Stunde

Für die Aktuelle Stunde ist von den Fraktionen/der Gruppe kein Thema beantragt worden.

Nr. 20/789

Konsensliste

Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft
vom 12. September 2022

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt der Konsensliste wie folgt zu:

1. Rechnung des Rechnungshofs über seine Einnahmen und Ausgaben in Kapitel 0011 des Haushaltsjahres 2021
Bericht des Rechnungshofs
vom 24. Mai 2022
(Drucksache [20/1477](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) erteilt gemäß § 101 Landeshaushaltsordnung dem Rechnungshof der Freien Hansestadt Bremen wegen der Rechnung über seine Einnahmen und Ausgaben im Haushaltsjahr 2021 in Kapitel 0011 des Haushalts der Freien Hansestadt Bremen Entlastung.

2. Rechnung des Rechnungshofs über seine Einnahmen und Ausgaben in Kapitel 0011 des Haushaltsjahres 2021
Bericht und Antrag des staatlichen Rechnungsprüfungsausschusses
vom 6. Juli 2022
(Drucksache [20/1531](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des staatlichen Rechnungsprüfungsausschusses Kenntnis.

3. Stellungnahme des Senats zum 16. Jahresbericht der Landesbeauftragten für Informationsfreiheit
Mitteilung des Senats vom 19. Juli 2022
(Drucksache [20/1539](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist die Stellungnahme des Senats zum 16. Jahresbericht der Landesbeauftragten für Informationsfreiheit an den Ausschuss für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit.

4. Dritter Staatsvertrag zur Änderung medienrechtlicher Staatsverträge (3. Medienänderungsstaatsvertrag)
Mitteilung des Senats vom 16. August 2022
(Drucksache [20/1545](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

5. Nachbenennung eines neuen Mitglieds des Landesjugendhilfeausschusses
Mitteilung des Senats vom 16. August 2022
(Drucksache [20/1547](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt anstelle des ausgeschiedenen Herrn Bernd Schmitt Frau

Sandra Harjes

als Mitglied in den Landesjugendhilfeausschuss.

6. Zweites Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch
Mitteilung des Senats vom 6. September 2022
(Drucksache [20/1569](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

7. Dritte Verordnung zur Änderung der Zweiten Verordnung zum Basischutz vor Neuinfektionen mit dem Coronavirus SARS-CoV-2
Mitteilung des Senats vom 6. September 2022
(Drucksache [20/1571](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt, dass sie keinen Aufhebungs- oder Änderungsbedarf an der Dritten Änderungsverordnung zur Zweiten Corona-Basischutzmaßnahmenverordnung sieht.

8. Gesetz zur Änderung des Bremischen Hilfeleistungsgesetzes
Mitteilung des Senats vom 21. Juni 2022
(Drucksache [20/1505](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

9. Gesetz zur Änderung des Bremischen Hilfeleistungsgesetzes
Bericht und Antrag der staatlichen Deputation für Inneres
vom 7. September 2022
(Drucksache [20/1577](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht der staatlichen Deputation für Inneres Kenntnis.

Nr. 20/790

Gesetz zur Änderung des Haushaltsgesetzes der Freien Hansestadt Bremen für das Haushaltsjahr 2022

Mitteilung des Senats vom 6. September 2022
(Drucksache [20/1570](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz zur Änderung des Haushaltsgesetzes der Freien Hansestadt Bremen für das Haushaltsjahr 2022 in erster Lesung.

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist das Gesetz zur Änderung des Haushaltsgesetzes der Freien Hansestadt Bremen für das Haushaltsjahr 2022, den Nachtragsproduktgruppenhaushalt sowie den Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2022 zur Beratung und Berichterstattung an den staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem aktualisierten Finanzrahmen und der maßnahmenbezogenen Übersicht der aus den Globalmitteln für die Bekämpfung und Abmilderung der Folgewirkungen der Pandemie vorgesehenen Finanzierungen Kenntnis.

Nr. 20/791

Gesetz zur Anpassung der Besoldungs- und Beamtenversorgungsbezüge für das Jahr 2022 in der Freien Hansestadt Bremen sowie zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften

Mitteilung des Senats vom 6. September 2022
(Drucksache [20/1568](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

Nr. 20/792

Sachstandsbericht FamilienCard

Mitteilung des Senats vom 1. Juli 2022
(Neufassung der Drucksache [20/1507](#) vom 21. Juni 2022)
(Drucksache [20/1521](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Nr. 20/793

Gesetz über die Einführung einer FamilienCard und die Verwaltungszuständigkeit

Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE
vom 7. September 2022
(Drucksache [20/1575](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Nr. 20/794

Wie können Bremen und Bremerhaven am „New Space“-Boom teilhaben?

Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 8. März 2022
(Drucksache [20/1381](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 3. Mai 2022

(Drucksache [20/1452](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 20/795

Klima-Anleihe für das Land Bremen auflegen!

Antrag der Fraktion der CDU
(Drucksache [20/1512](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 20/796

Aufhebung der einrichtungsbezogenen Impfpflicht

Antrag der Fraktion der FDP
vom 5. September 2022
(Drucksache [20/1564](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 20/797

Schutz der deutschen Sprache: Verwendung der Gendersprache in Behörden und Einrichtungen der Freien Hansestadt Bremen untersagen

Antrag des Abgeordneten Jürgewitz (AfD)
vom 3. Mai 2022
(Drucksache [20/1447](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 20/798

Mehr Steuergerechtigkeit: Pflicht zur Anzeige nationaler Steuergestaltungen einführen

Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE
vom 13. Mai 2022
(Drucksache [20/1472](#))

1. Die Bürgerschaft (Landtag) setzt sich für Steuergerechtigkeit und gegen Steuerbetrug ein. Insbesondere beim Kampf gegen schädliche und scheinbar legale Steuergestaltungsmodelle ist neben der bereits 2019 eingeführten grenzüberschreitenden Anzeigepflicht auch eine nationale gesetzliche Regelung notwendig. Daher hält die Bürgerschaft (Landtag) die Einführung einer gesetzlichen Meldepflicht auch für innerstaatliche Steuergestaltungen für dringend geboten, denn vom Gesetzgeber unbeabsichtigte legale Steuervorteile können genauso durch nationale Gestaltungen erzielt werden.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass zusätzlich zu der bereits eingeführten Mitteilungspflicht für grenzüberschreitende Steuergestaltungen auch eine gesetzliche Anzeigepflicht inländischer Steuergestaltungen von Unternehmen mit einem Umsatz von mehr als zehn Millionen Euro erarbeitet und beschlossen wird.

Nr. 20/799

Gesetz zur Änderung des Bremischen Landesstrafengesetzes

Mitteilung des Senats vom 16. August 2022
(Drucksache [20/1546](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Nr. 20/800

Gesetz zur Änderung des Bremischen Polizeigesetzes sowie weiterer Gesetze

Mitteilung des Senats vom 17. Mai 2022
(Drucksache [20/1474](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz mit den Änderungen aus der Drucksache [20/1576](#) in zweiter Lesung.

Nr. 20/801

Gesetz zur Änderung des Bremischen Polizeigesetzes und weiterer Gesetze

Bericht und Änderungsantrag der staatlichen Deputation für Inneres
vom 7. September 2022
(Drucksache [20/1576](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Änderungsantrag zu.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht der staatlichen Deputation für Inneres Kenntnis.

Nr. 20/802

Bericht des staatlichen Petitionsausschusses Nr. 31

vom 9. September 2022
(Drucksache [20/1579](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuss empfohlen.

Nr. 20/803

Fragestunde

1. Anerkennung von im Ausland erworbenen Abschlüssen medizinischer Fachkräfte
Anfrage der Abgeordneten Dr. Magnus Buhlert, Lencke Wischhusen und Fraktion der FDP vom 30. Juni 2022
2. Schullandheime in Gefahr?
Anfrage der Abgeordneten Birgit Bergmann, Lencke Wischhusen und Fraktion der FDP vom 30. Juni 2022
3. Mit Lots:innen die Digitalisierung voranbringen
Anfrage der Abgeordneten Volker Stahmann, Martin Günthner, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD vom 30. Juni 2022
4. Optionen nach der Verfüllung der Blocklanddeponie
Anfrage der Abgeordneten Günther Flißikowski, Heiko Strohmann und Fraktion der CDU vom 6. Juli 2022
5. Was unternimmt der Senat, um Beihilfeanträge schneller zu bearbeiten?
Anfrage der Abgeordneten Marco Lübke, Sandra Ahrens, Jens Eckhoff, Heiko Strohmann und Fraktion der CDU vom 6. Juli 2022

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.

6. Binnenschifffahrt – Entwicklung und Perspektive!
Anfrage der Abgeordneten Prof. Dr. Hauke Hilz, Lencke Wischhusen und Fraktion der FDP vom 8. Juli 2022
7. Grundsteuerreform – Erklärungsabgabe für Rentnerinnen und Rentner und Menschen mit Beeinträchtigungen
Anfrage der Abgeordneten Lencke Wischhusen und Fraktion der FDP vom 8. Juli 2022
8. Bremer Landesaufnahmeprogramms Afghanistan „zurückgestellt“ – wie weiter?
Anfrage der Abgeordneten Sofia Leonidakis, Nelson Janßen und Fraktion DIE LINKE vom 8. Juli 2022
9. Anlaufpunkte für Menschen in prekären Lebenssituationen an den Hauptbahnhöfen
Anfrage der Abgeordneten Holger Welt, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD vom 13. Juli 2022
10. Projekt „Faire Integration“ – Arbeits- und Sozialberatung für Geflüchtete und Menschen aus Drittstaaten
Anfrage der Abgeordneten Sahhanim Görgü-Philipp, Henrike Müller, Sülmez Dogan, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 14. Juli 2022

11. Vom selbsternannten Spitzenreiter ins Mittelmaß – Welche Konsequenzen zieht der Senat aus dem realen Covid-19-Impfschutz der Bremer Bevölkerung?
Anfrage der Abgeordneten Rainer Bensch, Heiko Strohmann und Fraktion der CDU vom 18. Juli 2022
12. Einbürgerungen im Land Bremen
Anfrage der Abgeordneten Jan Timke und Peter Beck (BIW) vom 21. Juli 2022
13. „Vorratsdatenspeicherung“ über Mitgliedsdaten kurdischer Vereine
Anfrage der Abgeordneten Cindi Tuncel, Nelson Janßen, Sofia Leonidakis und Fraktion DIE LINKE vom 21. Juli 2022
14. Cyberangriffe im Land Bremen
Anfrage der Abgeordneten Peter Beck und Jan Timke (BIW) vom 22. Juli 2022
15. Durchsetzung von Sanktionen gegen russische Oligarchen im Land Bremen
Anfrage der Abgeordneten Jens Eckhoff, Dr. Oğuzhan Yazici, Heiko Strohmann und Fraktion der CDU vom 8. August 2022
16. Massiver Polizeieinsatz gegen Bremer Fans am Wolfsburger Hauptbahnhof
Anfrage der Abgeordneten Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 11. August 2022
17. Aktivitäten der kriminellen Bruderschaft „Black Ax“ im Land Bremen
Anfrage der Abgeordneten Jan Timke und Peter Beck (BIW) vom 16. August 2022
18. Behindert die Arbeitsstättenverordnung sinnvolle und notwendige Maßnahmen zur Energieeinsparung?
Anfrage der Abgeordneten Bettina Hornhues, Martin Michalik, Heiko Strohmann und Fraktion der CDU vom 17. August 2022
19. Ein Landesbibliotheksgesetz für Bremen
Anfrage der Abgeordneten Christopher Hupe, Kai-Lena Wargalla, Björn Fecker und Fraktion Bündnis90/Die Grünen vom 2. September 2022
20. Sicherheitsmaßnahmen an der Synagoge in Bremerhaven
Anfrage der Abgeordneten Nelson Janßen, Sofia Leonidakis und Fraktion DIE LINKE vom 2. September 2022
21. Auswirkungen der Gasumlage auf öffentliche Einrichtungen
Anfrage der Abgeordneten Klaus-Rainer Rupp, Sofia Leonidakis und Fraktion DIE LINKE vom 2. September 2022
22. Aufenthalt ermöglichen: Maßnahmen für Studierende und Wissenschaftler:innen, die vor dem Krieg in der Ukraine geflohen sind
Anfrage der Abgeordneten Sofia Leonidakis, Nelson Janßen und Fraktion DIE LINKE vom 5. September 2022
23. Bleibt die Kita für alle Kinder ab drei Jahren in Bremen auch zukünftig beitragsfrei?
Anfrage der Abgeordneten Sandra Ahrens, Heiko Strohmann und Fraktion der CDU vom 7. September 2022

Diese Anfragen hat der Senat gemäß § 23 Absatz 4 der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft schriftlich beantwortet.

Nr. 20/804

Auf dem Weg zu einer ressourcenschonenden Kreislaufwirtschaft: Welche Potenziale haben private Wirtschaft und öffentliche Hand in Bremen?

Große Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und DIE LINKE

13. Juni 2022

(Drucksache [20/1497](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 30. August 2022

(Drucksache [20/1560](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 20/805

Renditebegrenzung in der Pflege einführen – Private-Equity-Gesellschaften stärker regulieren

Antrag der Fraktionen der SPD, DIE LINKE und Bündnis 90/Die Grünen vom 26. April 2022

(Drucksache [20/1431](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. das Thema Private Equity und Finanzialisierung des Pflegesektors auf Bundesebene in die Minister:innenkonferenzen Arbeit und Soziales sowie Gesundheit einzubringen und sich für eine Untersuchung der Auswirkungen dieser Entwicklung auf die Qualität der betroffenen Pflegeeinrichtungen einzusetzen und dabei differenziert gemeinnützige, inhabergeführte beziehungsweise mittelständische und Private-Equity-Akteure zu betrachten;
2. sich im Bundesrat dafür einzusetzen,
 - a) dass den Pflegeeinrichtungen und -unternehmen, die von Investoren übernommen werden, nicht die Finanzierungskredite und sonstigen Kosten aus den Übernahmen aufgebürdet werden dürfen („debt push-down“);
 - b) dass die Erlöse aus dem Verkauf von Immobilien und anderen Vermögenswerten von Pflegeunternehmen („assetstripping“) nicht an Investoren ausgeschüttet werden dürfen, sondern innerbetrieblich reinvestiert werden müssen;
 - c) dass interne Kredite von Investoren an Unternehmen des Pflegesektors bei der Aufsicht angezeigt werden müssen und ihre effektiven Zinssätze nicht das marktübliche Niveau überschreiten dürfen;
 - d) dass die bei den umlagefähigen Investitionskosten zu berücksichtigenden Finanzierungskosten, Mieten, Leasingaufwendungen und sonstigen Aufwendungen nur in der marktüblichen Höhe anrechenbar sind;
 - e) dass die Teile der geltend gemachten Investitionskosten, die direkt oder indirekt an Beteiligungsgesellschaften oder mit ihnen verbundene Unternehmen fließen, offengelegt werden müssen;
 - f) dass die Dividenden, Gebühren und sonstigen Zahlungen, die Finanzinvestoren von Pflegeunternehmen erhalten, transparent zu machen sind;

- g) dass Private-Equity-Firmen und andere Finanzinvestoren für eine bestimmte Zeit nach ihrem Ausstieg für mögliche Insolvenzen haften, und zwar bis zur Höhe aller Dividenden und Gebühren, die sie von den betreffenden Unternehmen erhalten haben;
 - h) dass ein gemeinsames Monitoringsystem von Bund und Ländern geschaffen wird, um die Entwicklung des Pflegesektors und insbesondere die Entwicklung der dortigen Eigentümerstrukturen sowie deren Einfluss auf die Qualität der Pflege zu verfolgen;
 - i) dass eine auf EU-Ebene geltende zentrale Überwachung und Kontrolle des Pflegesektors, welche zum einen besonders auf die finanzielle Entwicklung der Pflegeanbieter abzielt und zum anderen die Praktiken von Private-Equity-Gesellschaften wirkungsvoll reguliert, erarbeitet wird;
3. die folgenden Punkte auf Bundesebene prüfen zu lassen:
- a) die Einführung einer Renditenbegrenzung beziehungsweise eines Renditedeckels im Pflegebereich für Private-Equity-Gesellschaften;
 - b) die Einführung von Vorschriften im Gesellschaftsrecht, die für Unternehmen im Bereich Pflege und Gesundheit die Qualität der Pflege als Unternehmensziel einfügen und entsprechende Maßnahmen (zum Beispiel Entsendung von Personen mit Kompetenz in der Pflege in Vorstand und Aufsichtsrat; Transparenzvorschriften und Berichtspflichten) vorschreiben;
 - c) ein sorgfältiges Prüfsystem, welche Träger die Dienstleistungen für die Pflegeheime erbringen dürfen. Dabei kann das „Preston-Modell der öffentlichen Auftragsvergabe“ in die Prüfung als goodpractice-Beispiel herangezogen werden;
 - d) die Aufhebung der gesetzlichen Vorrangregelung für private Pflegeeinrichtungen nach § 11 SGB XI und einer damit verbundenen Stärkung von kommunalen Pflegeeinrichtungen;
 - e) eine auf EU-Ebene geltende Regulierung der Beteiligung von Private-Equity von maximal 49 Prozent an Unternehmen im Bereich Pflege und Gesundheit;
4. eine Übersicht über die Eigentümerverhältnisse der im Land Bremen tätigen Pflegeeinrichtungen zu erstellen und der Bürgerschaft (Landtag) innerhalb von sechs Monaten entsprechend zu berichten.

Nr. 20/806

Kommerzialisierung des Pflegesektors: Auswirkungen, Strukturen, Qualität

Große Anfrage der Fraktionen DIE LINKE, SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 22. Juni 2022

(Drucksache [20/1509](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 16. August 2022

(Drucksache [20/1548](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 20/807

Regierungserklärung des Senats zum Thema: „Gasmangellage/Energiekrise“

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Regierungserklärung des Senats Kenntnis.

Nr. 20/808

Wie bringen wir Versorgungssicherheit, Klimaschutz und Bezahlbarkeit in der bremischen Energieversorgung zusammen?

Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 24. März 2022
(Drucksache [20/1422](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 29. Juni 2022

(Drucksache [20/1520](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 20/809

Inflation ist unsozial – Folgen für besonders betroffene Bürgerinnen und Bürger abmildern – Schutzschirm entfalten

Antrag der Fraktion der CDU
vom 13. September 2022
(Neufassung der Drucksache [20/1543](#) vom 8. August 2022)
(Drucksache [20/1583](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 20/810

Gerecht und fair: Entlastung jetzt – Energiearmut verhindern

Antrag der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 13. September 2022
(Drucksache [20/1581](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,
auf Bundesebene darauf hinzuwirken,

1. dass als Sofortmaßnahme schnellstmöglich, in jedem Fall noch in diesem Jahr, Empfänger:innen existenzsichernder Leistungen nach den SGB II, SGB XII und dem AsylbLG sowie Arbeitslosengeld I nach § 136 SGB III eine Einmalzahlung in Höhe von mindestens 200 Euro erhalten;
2. dass im Rahmen der Einführung des Bürgergelds die Regelsätze zur Sicherung des Lebensunterhalts nach SGB II, SGB XII und auch des AsylbLG wie angekündigt fortan unter Einbeziehung der zu erwartenden Inflation im jeweiligen Jahr angepasst sowie grundsätzlich deutlich erhöht werden;
3. dass für Grundsicherungsbezieher:innen des SGB II, SGB XII und AsylbLG kurzfristig Stromkostennachzahlungen einmalig für den Abrechnungszeitraum 2022/23 übernommen werden und mittelfristig im neuen Bürgergeld die Kosten für Strom aus den Sätzen des Regelbedarfs herausgenommen

und über die Kosten der Unterkunft in ihrer tatsächlichen Höhe, vergleichbar der Kosten für Heizung, gezahlt werden. Eine entsprechende Pauschale soll auch für die Zahlung von Wohngeld entwickelt werden. Die den Kommunen hierdurch entstehenden Mehrkosten sollen vom Bund getragen werden. Darüber hinaus ist zu gewährleisten, dass die Leistungen aus einem Förderprogramm zur Anschaffung energieeffizienter Kühlgeräte nicht auf die Regelsätze angerechnet werden;

4. dass eine für alle möglichst günstige und bundesweit gültige Nachfolgeregelung des Neun-Euro-Tickets (unter 50 Euro im Monat) inklusive eines deutlich vergünstigten Sozialtickets im ÖPNV zügig umgesetzt und dafür umgehend Verhandlungen bis zum Jahresende über eine faire Finanzierung zwischen Bund und Ländern aufgenommen werden;
5. dass die im Koalitionsvertrag der Bundesregierung zugesagte Erhöhung der Regionalisierungsmittel für den Ausbau des ÖPNV sichergestellt und zusätzlich zur gesetzlichen Dynamisierung an die tatsächliche Kostenentwicklung angepasst wird;
6. dass eine starke Vereinfachung des Wohngeldantragsprozesses vorgenommen wird, um eine unkomplizierte und zügige Auszahlung des Wohngeldes zu gewährleisten;
7. dass ein zunächst befristeter Gaspreisdeckel für einen Basisverbrauch in allen Privathaushalten eingeführt wird. Hierfür ist ein ausreichender Basisbedarf für Heizen und Warmwasser zu ermitteln, für dessen Menge eine Preisgarantie in angemessener Höhe greifen soll;
8. dass das angekündigte Bundeshilfsprogramm für energieintensive kleine und mittlere Unternehmen (zum Beispiel Wäschereien, Bäckereien etc.) eine Zuschussförderung zur temporären Kompensation hoher Energiekosten, insbesondere Gaskosten, enthält sowie ein Gaspreisdeckel für energieintensive kleine und mittlere Unternehmen eingeführt wird;
9. dass die angekündigten Abwendungsvereinbarungen für Strom- und Gassperren schnellstmöglich so ausgestaltet werden, dass keine Energiesperren erfolgen, wenn Haushalte aufgrund der gestiegenen Verbraucher:innenpreise in Zahlungsverzug geraten;
10. dass die Finanzierung der Maßnahmen zur Abmilderung der direkten sozialen Folgen des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine und der hohen Energiepreise über einen fairen Lastenausgleich erbracht wird, dessen zentraler Baustein eine Übergewinnsteuer für Energiekonzerne ist, die noch in diesem Jahr erhoben wird, um die hohen Zufallsgewinne 2022 abzuschöpfen;

im Land Bremen

11. angesichts der Ausweitung der Antragsberechtigten für Wohngeld unmittelbar geeignete Maßnahmen wie zum Beispiel eine angemessene personelle Aufstockung, IT-Verbesserungen und Verfahrensvereinfachungen zu ergreifen, um die Auszahlung des Wohngeldes sicherzustellen;
12. in Kooperation mit der SWB AG auf ein Förderprogramm für den Austausch und Wechsel zu energieeffizienteren Kühlgeräten hinzuwirken, mit dem Ziel, Leistungsempfänger:innen und Haushalte mit niedrigem Einkommen, denen es nicht ohne weiteres möglich ist, energieeffizientere Geräte zu erwerben, eine Neuanschaffung zu ermöglichen. Hierfür ist eine zielgruppenspezifische Kommunikationsstrategie zu entwickeln und eine niedrigschwellige Beantragung zu gewährleisten;
13. das „Konzept zur Realisierung des Härtefallfonds zur Reduzierung von Energie- und Wassersperren“ vor dem Hintergrund der neuen Entwicklungen und der bisherigen Praxiserfahrung in dem Sinne weiterzuentwi-

ckeln, dass mehr Sperren abgewendet werden. Auch die öffentliche Kommunikation des Fonds muss entsprechend der neuen Ausgestaltung weiterentwickelt und beispielsweise durch weitere Mittel (zum Beispiel Social Media) und in verschiedenen Sprachen ergänzt werden;

14. mit einer dezentralen und digitalen Informationskampagne Nicht-Leistungsbeziehende mit geringem Einkommen auf die Möglichkeit der einmaligen Übernahme von Nachforderungen durch die Jobcenter hinzuweisen sowie bei Leistungsberechtigten für die Inanspruchnahme von Sozialleistungen (zum Beispiel Kinderzuschlag, Wohngeld, Grundsicherung im Alter) zu werben;
15. einen Vorschlag für die Ausgestaltung und Einführung eines „Klimabonus“ zu erarbeiten. Damit soll die Bemessungsgrundlage für die Kosten der Unterkunft erhöht werden, wenn eine energetische Gebäudesanierung vorliegt beziehungsweise der Energieausweis für Wohngebäude einen entsprechenden energetischen Standard nachweist. Ziel ist es, dass höhere Kaltmieten in energetischen Wohnungen, unter Berücksichtigung der niedrigeren Nebenkosten, übernommen werden, und damit hohe Energiekosten vermieden werden;
16. einen Vorschlag zu erarbeiten, wie und in welchem Umfang für öffentliche Betriebe, Gesellschaften, Vereine, kulturelle Einrichtungen sowie zuwendungs- oder entgeltfinanzierte Projekte und Einrichtungen eine Kompensation für gestiegene Betriebskosten geleistet werden kann. Energieeinsparpotenziale und existierende Bundeshilfsprogramme sind vorrangig zu prüfen und auszuschöpfen;
17. mit einer Informationskampagne das differenzierte Angebot an (aufsuchenden) Energieeinsparberatungen der Verbraucherzentrale, Stromsparcheck und Energiekonsens bei Privathaushalten und gewerblichen Akteur:innen stärker bekannt zu machen und intensiver zu bewerben. Die Kampagne ist mehrsprachig und multimedial durchzuführen;
18. angesichts der hohen Zahl von Verbraucher:innen, die Probleme haben ihre Energierechnungen zu begleichen, Mittel zur Verfügung zu stellen, um eine ergänzende Energierechtsberatung und eine Budgetberatung bei der Verbraucherzentrale zu schaffen. Die Berater:innen der Verbraucherzentrale sollen zukünftig wie bereits die Berater:innen des Stromsparchecks mit sogenannten „Energiesparartikeln“ ausgestattet werden, da durch Artikel wie LED-Leuchten, Kühlschrankschrankthermometer, Steckerleisten, Wasserspararmaturen oder Thermohygrometer eine unmittelbare Kontrolle und Einsparung der Energiekosten ermöglicht wird;
19. bei einer positiven Evaluierung der Pilotphase für die Förderung von Balkonsolaranlagen bei öffentlichen Wohnungsbaugesellschaften einen Plan vorzulegen, wie das Förderprogramm für einkommensarme Mieter:innenhaushalte fortgeführt sowie entsprechend angepasst und ausgeweitet werden kann;
20. über die Umsetzung der verschiedenen Beschlusspunkte bis Ende des Jahres der Bürgerschaft (Landtag) zu berichten.

Nr. 20/811

Gib mir Energie! Energiesouveränität für Bremen sichern – günstig, grundlastsicher und technologieoffen mit Kernkraft!

Antrag des Abgeordneten Jürgewitz (AfD)
vom 2. Juni 2022
(Drucksache [20/1485](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 20/812

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Klimaschutzziele des Senats der Freien Hansestadt Bremen
Mitteilung des Senats vom 7. Juni 2022
(Drucksache [20/1489](#))
2. Radwege im Überseehafen attraktiv gestalten
Antrag der SPD, DIE LINKE und Bündnis 90/Die Grünen
vom 15. Juni 2022
(Drucksache [20/1503](#))
3. Aufbau eines Testzentrums für wasserstoffbetriebene Fahrzeuge
Antrag der Fraktionen der SPD, DIE LINKE und Bündnis 90/Die Grünen
vom 28. Juni 2022
(Drucksache [20/1518](#))
4. Aktueller Stand der Transformation der Bremer Stahlindustrie sowie der Bremer IPCEI-Großprojekte zur Entwicklung einer Wasserstoffwirtschaft
Große Anfrage der Fraktion der CDU
15. Juni 2022
(Drucksache [20/1502](#))
D a z u
Mitteilung des Senats vom 19. Juli 2022
(Drucksache [20/1540](#))
5. Kinderrechte im Land Bremen
Große Anfrage der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE
vom 18. Juli 2022
(Drucksache [20/1537](#))
D a z u
Mitteilung des Senats vom 6. September 2022
(Drucksache [20/1572](#))
6. Strukturen und Angebote zur Gesundheitsförderung und -prävention im Land Bremen
Große Anfrage der Fraktionen DIE LINKE, Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 18. Juli 2022
(Drucksache [20/1538](#))
D a z u
Mitteilung des Senats vom 13. September 2022
(Drucksache [20/1586](#))
7. Immobilienmanagement neu ordnen
Antrag der Fraktion der CDU
vom 4. August 2022
(Drucksache [20/1542](#))
8. Entwicklungspolitische Leitlinien der Freien Hansestadt Bremen – Fortschreibung 2022
Mitteilung des Senats vom 23. August 2022
(Drucksache [20/1551](#))

9. Auf das Lächeln kommt es an: Unentgeltliche Bereitstellung von transparenten FFP2-Masken für Schülerinnen und Schüler sowie für Lehrkräfte im Land Bremen durch den Senat
Antrag der Abgeordneten Peter Beck und Jan Timke (BiW)
vom 25. August 2022
(Drucksache [20/1553](#))

Frank Imhoff
Präsident